



Einsatzkräfte der Polizei sind bei einer Kundgebung unter dem Motto »Freie Bürger Kassel – Grundrechte und Demokratie« im Einsatz.

Fotos: Pförtner

»Der Staat darf nicht zurückweichen«

Pandemie | CDU-Mann Frei und weitere Politiker kritisieren Polizeieinsatz / Proteste gegen Verordnungen in Kassel und europaweit

■ Von Christian Ebner und Göran Gehlen

Kassel/Dortmund. Nach der Demonstration mit gewalttätigen Auseinandersetzungen von mehr als 20000 Menschen am Samstag in Kassel gegen Corona-Auflagen wird Kritik an dem Polizeieinsatz laut – und an dem für einige zu laschen Vorgehen der Beamten gegen Verstöße. Bei dem Protest wurden massiv die gerichtlich bestätigten Auflagen missachtet, die eigentlich nur 6000 Teilnehmer auf einem Doppelplatz in der Peripherie zugelassen hatten. Viele Teilnehmer hielten sich nicht an die Auflage, Mund- und Nasenschutz zu tragen. Die Polizei war mit einem Großaufgebot präsent, an einigen Orten mit Wasserwerfern. Selten versuchte sie aber, die Regeln durchzusetzen, bei den nicht genehmigten Umzügen um den Stadtkern hielt sie sich zurück.

»Der Staat darf nicht zurückweichen und die Polizei muss konsequent dagegen vorgehen«, betonte der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei (Donauerschlingen), der »Welt«.

Dortmunder Beamte verbieten Versammlung von Impfgegnern aufgrund der jüngsten Ereignisse

Der FDP-Innenpolitiker Konstantin Kuhle sagte der Zeitung: »Wenn dann, wie in Kassel, Regeln nicht eingehalten werden, weil Teilnehmer Abstände nicht einhalten, keine Masken tragen oder sich trotz Verbots an bestimmten Plätzen versammeln, muss die Polizei konsequent handeln und eine Versammlung umgehend beenden.«

Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) kündigte am

Sonntag eine gründliche Nachbereitung des Einsatzes an. »Kurz nach dem Einsatz lässt sich festhalten, dass Eskalationsversuche sowie Gewalt gegen die Einsatzkräfte nicht hingenommen und entschlossen unterbunden wurden.«

Während eines illegalen Demonstrationzuges durch die Innenstadt kam es am Samstagmittag zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Polizeiführung hatte ihr Vorgehen verteidigt. Der Verzicht auf Zwangs- und Verfolgungsmaßnahmen sei notwendig und angemessen gewesen. Ein anderes Vorgehen hätte zu Verletzten führen können. Bei den Auseinandersetzungen seien mehrere Beamte angegriffen worden, erklärte ein Polizeisprecher. Auch Journalisten wurden angegangen und beschimpft. Die Polizisten setzten den Angaben zufolge Schlagstöcke und Pfefferspray ebenso ein wie den Wasserwerfer. Es habe rund ein Dutzend Festnahmen gegeben.

Das Internationale Auschwitz Komitee sieht durch die »Querdenker«-Bewegung die Demokratie in Gefahr. Sie würden für die Gesellschaft zu einer Gefahr, zumal die Polizei offensichtlich diese Bewegung in ihrem bürgerlichen Erscheinungsbild nicht hinreichend ernst nehmen und trotz gerichtlicher Vorgaben Milde und Rücksicht walten lasse, sagte der Exekutiv-Vizepräsident des Komitees, Christoph Heubner.

Die Polizei schien insgesamt unzureichend auf die Vorkommnisse vorbereitet gewesen zu sein, sagte der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbands Hessen, Knud Zilian. Wenn das widerrechtliche Handeln der Demonstranten schon nicht unterbunden wurde, so hätten zumindest auch Journalisten geschützt werden müssen.

Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) kündigte nach mehreren Videos, die aggressive Einsätze Thüringer Polizisten bei der Demonstration zeigen, Konsequenzen an. »Selbstverständlich wird der Einsatz kritisch nachbe-

reitet. Auch mir stellen sich aufgrund der Bilder drängende Fragen«, schrieb der SPD-Politiker auf Twitter. Das Video zeigt Polizisten, wie sie aggressiv und gewaltsam gegen eine Gegendemonstrantin mit Fahrrad vorgehen. Auch andere Videos zeigten, wie Polizisten gewaltsam gegen Gegendemonstranten vorgehen.

Am Nachmittag ging es bei dem Protest friedlicher zu. Die Demonstranten waren bunt gemischt: Familien, »Querdenker«, Selbstständige, Verschwörungstheoretiker, Hipies und Impfgegner. Wer zu welchem Lager gehörte, war

nur zu erraten: Regenbogen-Flaggen wehten neben Flaggen verschiedenster Länder, »Merkel muss weg«-Transparenten neben »Gegen-Rassismus«-Schildern.

Aufgrund der Ereignisse in Kassel hat die Polizei Dortmund eine für Sonntag angekündigte Versammlung von Impfgegnern verboten. Die jüngsten Geschehnisse ließen friedliche Meinungsäußerung nicht das Ziel der Bewegung sei. Auch geht die Polizei davon aus, dass aktuelle Hygienemaßnahmen nicht eingehalten würden, teilten die Beamten mit.

INFO

Lockdown-Frust in weiten Teilen Europas

■ Schweiz

(rd) Bei einer Großdemo gegen Corona-Maßnahmen und Impfungen in Liestal bei Basel haben am Samstag über Stunden hinweg Tausende Demonstrierende gegen jegliche Corona-Schutzmaßnahmen verstoßen. Die Polizei schaute tatenlos zu und wurde dafür Medienberichten zufolge von den Corona-Protestlern mit Applaus bedacht. Gegenüber der Schweizer Nachrichtenagentur SDA sagte ein Sprecher der Polizei, ein Einschreiten sei nicht infrage gekommen, da zu viele Personen an der Demo teilnahmen.

■ Niederlande

Die Polizei in Amsterdam vertrieb die Teilnehmer einer ungenehmigten Kundgebung mit Wasserwerfern vom zentralen Platz vor dem Reichsmuseum. Zudem kesselte sie nach Angaben der Nachrichtenagentur ANP 1000 Demonstranten am Rand des Grachtenviertels ein.

■ Frankreich

Hunderte Menschen demonstrieren am Wochenende an der deutsch-französischen Grenze gegen die verschärften Corona-Regeln bei der Einreise nach Deutschland. Sie forderten etwa ein Ende der Testpflicht für Pendler.

■ Großbritannien

In London versammelten sich am Samstag einige Tausend Lockdown-Gegner. Sie zogen mit Plakaten und Bannern vom Hyde Park zur St. Paul's-Kathedrale und durchs Regierungsviertel. Mehr als 30 Menschen wurden festgenommen, weil sie Polizisten angegriffen haben sollen.

■ Schweden

In Stockholm, Göteborg und Malmö wurden am Samstag mehrere Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen von der Polizei aufgelöst, weil die Teilnehmerzahl überschritten wurde.



Friedlich, aber ohne Maske und Abstand, setzten diese Demonstranten in Kassel ein Zeichen gegen die aktuelle Corona-Politik.